



**Machbarkeitsstudie für eine mögliche Südumgehung
Bedarfsanalyse**

Gremium	Status	Datum	Beschlussqualität
Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt	Ö	23.11.2016	Entscheidung

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird beauftragt auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie die Bedarfsfrage für eine Südumgehung zu klären. Dazu sollen Angebote für ein Verkehrsgutachten zur Ermittlung des Bedarfs eingeholt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Kosten entstehen der Hansestadt Wipperfürth in Form von Personalaufwand für die Begleitung und Betreuung des Verfahrens. Konkrete Kosten für die Planung bzw. Umsetzung einer möglichen Südumgehung sind zum derzeitigen Planungsstand nicht zu beziffern.

Demografische Auswirkungen:

Durch eine Bedarfsanalyse sind keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Demografischen Wandel erkennbar.

Begründung:

Mit Beschluss des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 09.12.2015 ist die Verwaltung beauftragt worden, eine Machbarkeitsstudie für eine mögliche Südumgehung für das Stadtgebiet der Hansestadt Wipperfürth zu beauftragen. Das Planungsbüro Schumacher erhielt daraufhin den Auftrag, die verkehrstechnischen

Rahmenbedingungen zu untersuchen. Aufgabenstellung war zu überprüfen, ob eine Verwirklichung der seit Jahren angedachten Südumgehung überhaupt technisch umsetzbar ist. Dabei wurden drei verschiedene Trassenführungen näher beleuchtet bzw. modifiziert. Die im Flächennutzungsplan dargestellte Trassenführung diente hierfür als Grundlage.

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 23.11.2016 werden nun die Ergebnisse vorgestellt. Im Anhang dieser Vorlage befindet sich der angefertigte Erläuterungsbericht.

Die bisherigen Untersuchungen beleuchten ausschließlich straßentechnische Fragestellungen der Umsetzung. Darüber hinaus muss nachgewiesen werden, welcher Bedarf überhaupt an so einer möglichen Südumgehung besteht. Hierzu muss in einem Verkehrsgutachten herausgearbeitet werden, welche Auswirkungen eine neue Verbindungsstraße auf das Verkehrsnetz in Wipperfürth hat. Dabei müssen Entlastungswirkungen der innerstädtischen Straße Berücksichtigung finden. Ferner muss für die Straße eine prognostizierte Verkehrsbelastung ermittelt werden.

Dieser Bedarfsnachweis wäre dann im Zusammenhang mit der technischen Machbarkeitsanalyse die Grundlage dafür, dass man langfristig Baurecht für dieses Straßenbauvorhaben erlangen könnte. Ein weiterer Baustein muss dann entsprechend dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz eine Umweltverträglichkeitsstudie sein, die aber erst dann durchgeführt werden kann, wenn Eigentumsverhältnisse geklärt wurden und eine Variante der Trassenführung beschlossen wurde.

Für die jetzt geplante Bedarfsanalyse ist die Variantenfrage noch unerheblich, daher wird diese Fragestellung noch offen gelassen und muss nach Vorlage dieser Untersuchung weiter bearbeitet werden.

Anlagen:

Anlage 1: Erläuterungsbericht der Machbarkeitsstudie

Anlage 2: Lageplan der Trassen

Anlage 3: FNP-Auszug